



Presseschau vom 11.08.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten [dnr-online](#), [Inr-portal](#), [Novorossia](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken [dan-news](#), [lug-info](#). Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. [BigMir](#), [UNIAN](#), [Ukrinform](#), [KorrespondentT](#) und die Online-Zeitung [Timer](#) aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen **aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot** ([dnr-online](#), [Inr-portal](#), [Novorossia](#), [dan-news](#), [lug-info](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a.) und **ukrainische Quellen in Blau** ([BigMir](#), [Ukrinform](#), [UNIAN](#), [KorrespondentT](#) und [Timer](#)) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen **aus Sozialen Netzwerken** sind **violett** gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

de.sputniknews.com: **Ukrainer essen zu viel: Kiewer Minister findet Erklärung für Armut**

Die Ukrainer geben mehr als die Hälfte ihres verfügbaren Einkommens für Lebensmittel aus, weil sie beim Essen nicht sparen wollen, behauptet der Kiewer Sozialminister Andrij Rewa. Auf die Frage, warum die Lebensmittel-Ausgaben der Ukrainer prozentual deutlich höher als die der Deutschen seien, mutmaßte der Minister kurzerhand, dass es wohl nicht an der Höhe des Einkommens, sondern an der Nahrungstradition seiner Landleute liegt.

„Wenn wir von 14 Prozent in Deutschland und 50 Prozent in der Ukraine sprechen, so geht es um die Prioritätenskala. Für meinen Vater zum Beispiel war es immer sehr wichtig, ordentlich zu essen“, so Rewa im Gespräch mit dem TV-Sender 112 Ukraina.

„Unsere Menschen haben historisch diese Tradition: Wegen der einstigen Hungersnot und Kriegen bildete sich ein Ernährungsverhalten heraus, das sich von dem in anderen Ländern unterscheidet.“

Laut einer Studie des Finanzportals Vexcash geben die Ukrainer nicht die Hälfte, sondern 38,1 Prozent ihres Einkommens für Lebensmittel aus. In Deutschland liegt der Anteil bei rund zehn Prozent.

Das durchschnittliche Bruttogehalt in der Ukraine betrug in den ersten vier Monaten dieses Jahres nach Angaben der Regierung in Kiew 6.500 Hrywna (215 Euro) im Monat.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31697/34/316973495.jpg>

Dan-news.info: Die Rechtsschutzorgane der DVR haben Mitarbeiter der Registrationsbehörde unter dem Verdacht von Korruptionsaktivitäten festgenommen. Dies berichtete das Innenministerium der DVR.

„Mitarbeiter der Abteilung zum Kampf gegen die organisierte Kriminalität des Innenministeriums der DVR haben die Aktivität einer kriminellen Gruppe unterbunden, zu der Mitarbeiter der staatlichen Registrationsbehörde des Justizministeriums gehörten. Die Missetäter haben mit dem Zweck der Bereicherung künstlich den Registrationsprozess für Sachrechte an Eigentum erschwert und verzögert und dadurch Einwohner der Republik gezwungen, ihnen Geld für eine rechtzeitige Erfüllung ihrer Verpflichtungen zu zahlen“, heißt es in der Mitteilung.

Das Innenministerium erläuterte, dass die Mitglieder der Gruppe vorsätzlich die Durchführung der technischen Inventarisierung von Immobilienobjekten, die Unterzeichnung und Ausgabe neuer technischer Zertifikate verzögert haben und die Fakten durch eine eigenmächtige Umplanung der Einrichtung gedeckt haben. Nach den Materialien der Angelegenheit haben die Verdächtigten sogar eine Art Preisliste festgelegt.

„Für eine schnelle Erstellung eines technischen Zertifikats für eine Nichtwohnraumeinrichtung von 2500 Quadratmetern haben die Verdächtigten 6000 bis 15.000 Rubel erhalten, für eine Wohnung oder ein Haus bis zu 6000 Rubel. Die Ordnungsbehörden haben im Verlauf eines Monats 147 Fälle festgestellt, wo der Leiter der Registrationsbehörde für geleistete Dienste insgesamt 700.000 Rubel erhalten hat“, unterstrich die Polizei.

Nach Angaben des Ministeriums wurden während einer Durchsuchung etwa 3,5 Mio. Rubel in verschiedenen Währungen beschlagnahmt. Alle Beteiligten an der kriminellen Gruppe wurden festgenommen, sechs sind in Haft, weitere 16 haben ein Ausreiseverbot. Derzeit werden Ermittlungsmaßnahmen durchgeführt, um alle Fälle festzustellen.

de.sputniknews.com: Russlands Sicherheitsratschef bespricht Terrorbekämpfung mit BfV-Chef

Der Sekretär des Sicherheitsrates Russlands, Nikolai Patruschew, hat mit dem Präsidenten des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV), Hans-Georg Maaßen, am Donnerstag in Moskau die Zusammenarbeit bei der Terrorbekämpfung besprochen.

„Nikolai Patruschew und Hans-Georg Maaßen haben die Zusammenarbeit zwischen Russland und Deutschland bei der Terrorismusbekämpfung besprochen“, heißt es in einer Pressemitteilung des russischen Sicherheitsrates.

Dan-news.info: „Einheiten der ukrainischen Streitkräfte haben den **Petrowskij-Bezirk von Donezk** beschossen. In der Folge geriet ein Haus in der Mamina-Sibirjaka-Straße 35 in Brand. Die eintreffende **Feuerwehrmannschaft** wurde **zielgerichtet von Seiten der ukrainischen Armee beschossen**“, teilte das operative Kommando der DVR mit. Der Vertreter des Kommandos unterstrich, dass Informationen über Verletzte nicht eingegangen sind. Ein Feuerwehrauto wurde beschädigt. Einzelheiten des Geschehens werden noch ermittelt.

gefunden auf der Facebook-Seite der Russischen Botschaft in Deutschland: Heutzutage verbreiten sich viele Gerüchte und Lügen anlässlich des von Georgien entfesselten Krieges in Südossetien am 8. August 2008. Aus diesem Grund posten wir Offenbarungen der russischen Friedensstifter, die damals im Einsatz waren.

Unerklärter Krieg: Wie Georgien den russischen Friedenssoldaten ossetisches Stalingrad vorbereitete (Teil I), veröffentlicht in der Zeitung „Moskowski Komsomolez“ Nr.27642 vom 7. August 2017

Kommandeure des russischen Friedensbataillons und der Panzerkompanie über zwei Tage eines harten Widerstandleistens 08.08.08:

In der Nacht auf den 8. August 2008 beschoss Georgien Südossetien aus Mehrfachraketenwerfern des Typs Grad. Anschließend begann es die Erstürmung von Zchinwal unter Einsatz von Panzern. Unter Feuer geriet auch der obere Stützpunkt der russischen Friedenssoldaten, das am südlichen Stadtrand liegt.

Die Georgier organisierten für das Friedensbataillon ein wahres „Stalingrad“.

Ein Aufklärungs-, Granatwerfer- und zwei motorisierte Schützenzüge – rund 200 Menschen – leisteten einem Bataillon der georgischen Truppen Widerstand .

Die vorwiegend mit leichten Schusswaffen bewaffneten russischen Friedenssoldaten verteidigten sich unter dem Beschuss fast zwei Tage lang und ließen den Gegner nicht an Zchinwal herankommen.

Bis zum eingekesselten Stützpunkt der Friedenssoldaten focht sich nur eine Panzergruppe des Kapitäns Juri Jakowlew durch.

Über zwei Tage eines erbitterten Widerstandleistens im damaligen Fünf-Tage-Krieg berichteten nach neun Jahren der Zeitung „Moskowski Komsomolez“ der Kommandeur des russischen Friedensbataillons, Konstantin Timerman, und Juri Jakowlew, dessen Panzerkompanie alarmmäßig gleich von taktischen Übungen nach Südossetien ging.

Für Tapferkeit und Mut wurden sie mit dem Titel des Helden Russlands ausgezeichnet.

„Bei mir wurde ein ganzer Zug vernichtet, zwei Besatzungen verbrannten bei lebendigem Leib“

Die Lage im Gebiet des georgisch-ossetischen Konfliktes spitzte sich rasant bereits zu Beginn des Sommers 2008 zu. In nahe der Grenze gelegenen Dörfern kam es ständig zu Schusswechseln und Feuerschlägen. Diversionen blockierten und verminten Straßen. Für die Sicherheit in der Region sorgten gemischte Kräfte zur Aufrechterhaltung des Friedens, die gemäß der Dagomys-Vereinbarungen 1992 zwischen Russland und Georgien geschaffen wurden.

Der obere Stützpunkt der russischen Friedenssoldaten befand sich am Rande von Zchinwal, nur 500 Meter von der georgischen Grenze entfernt. Zur Aufgabe der Friedenssoldaten gehörte die Trennung der Konfliktseiten. In speziell ausgegrabenen Flankierungsanlagen wurden einige Schützenpanzer BMP-1 stationiert. Noch ein paar gepanzerte Kampfwagen

wurden an Beobachtungsstellen entlang der Grenze nahe des Stützpunktes stationiert. Vom Mai an erfüllte Oberstleutnant Konstantin Timerman die Verpflichtungen des Kommandeurs des Bataillons der Friedenskräfte in Südossetien. Die Untergebenen waren stolz auf ihren Kommandeur. Er stammt aus Sibirien, absolvierte die Militärhochschule für Kommandeure in Nowosibirsk. Er bat selbst, in den Dienst im Militärbezirk Nordkaukasus aufgenommen zu werden, wo die 205. motorisierte Schützenbrigade stationiert war. Er war Kommandeur eines Granatwerferzugs. Die Feuerprobe Timermans erfolgte im August 1999 in Botlich. Die Brigade wehrte die Angriffe der Einheiten Bassajews und Hattabs auf Dagestan ab. Danach gab es Karamachi. Auf Dienstreisen in Tschetschenien verbrachte Timerman insgesamt sechs Jahre. Er wurde mit einer Medaille „Für Tapferkeit“ und einem Orden für Mut ausgezeichnet. Später leitete er das motorisierte Schützenbataillon des 71. Regiments der 42. motorisierten Schützendivision. Alle Titel erhielt er vorfristig, ohne Bekanntschaften und Militärs in der Familie.

- Im Dezember 2007 wechselte ich zum 135. Regiment der 58. Armee, das im Dorf Prochladny bei Naltschik stationiert war. Mich rief der Kommandeur des Regiments zu sich. Im Laufe von einem halben Jahr bereitete ich auf dem Gelände Sernowodskoje das so genannte Mandarinen-Friedensbataillon vor. Im Mai kam es zur Rotation. Wir tauschten in Zchinwal das 1. Bataillon unseres Regiments. Wir nahmen diese Sicherheitszone auf. Der Kommandeur des Bataillons verstand, wie explosiv die Situation in der Region war. Deswegen begann er bei der Ankunft im Stützpunkt mit der Befestigung der Positionen aus der Ingenieur-Sicht. Entlang des ganzen Stützpunktes wurden Schützengräben gegraben. An ein großangelegtes militärisches Abenteuer glaubte man bis zum Ende nicht, doch das Bataillon war zu jeder Entwicklung bereit.

Am 7. August verlief alles routinemäßig.

- In Peking begannen gerade die Olympischen Spiele. Ich erinnere mich an die Rede Saakaschwilis im georgischen Fernsehen, der sagte, dass Georgien einseitig jede Provokationen an der Grenze stoppt. Man glaubte kaum daran. Kurz vor dem Schlafen beschloss ich, erneut auf das Dach zu gehen, wo wir eine Beobachtungsstelle hatten, die wir „Auge“ nannten. Es war 00.15 Uhr, als seitens Georgiens auf Zchinwal Raketengeschosse flogen. Ich traute meinen Augen nicht. Auf die Stadt schossen die Grad-Mehrfachraketenwerfer, gezielt auf die Zonen, wo sich Wohnviertel befanden... Vor meinen Augen wurde die Mauer einer Kaserne zerstört. Ich lief in den Stab, kontaktierte den militärischen Beobachter, berichtete über die Lage. Ich brachte die Kampfeinheit in Gefechtsbereitschaft. Um 2 Uhr stoppte der Beschuss. Die ganze Nacht wurde mir von Stellen über die Bewegung der georgischen Kampftechnik zu den Dörfern Migrikissi, Nikosi, Semo-Nikosi berichtet. Ich verstand, dass sie bei Tagesanbruch vorrücken werden...

Um 5 Uhr begannen die Schläge der schweren Rohrartillerie. Der Kommandeur des Bataillons und Soldaten versuchten gemäß dem Mandat der Friedenskräfte die Zusammenstöße möglichst zu vermeiden. Nach einer Stunde rückten zum Stützpunkt der Friedenskräfte, unter Verstoß gegen alle Völkerrechtsnormen, mit Unterstützung der Infanterie georgische Panzer vor. Mit Punktfeuer wurde das „Auge“ – die Beobachtungsstelle – zerstört. Die Friedenssoldaten erlitten erste Verluste. Zudem wurde der Beobachtungsturm des Stützpunktes massiv beschossen.

In den Weg der georgischen Panzer stellten sich die Schützenpanzer der Friedenssoldaten.

- Bei mir wurde ein ganzer Zug vernichtet, zwei Besatzungen, die auf der Straße standen, verbrannten bei lebendigem Leib. Sie kamen ums Leben, indem sie jeweils zwei Schüsse machten und georgische Panzer trafen. Als ich über die Verluste in Kenntnis gesetzt wurde, befahl ich den restlichen Zügen zum Stützpunkt zu kommen. Wir nahmen eine Rundumverteidigung auf.

Um die Lage einzuschätzen und die Untergebenen aufzumuntern, beschloss Oberstleutnant Konstantin Timerman, entlang der vorderen Linie auszufallen. Er bewegte sich in

Schützengräben, die er selbst bei der Ankunft um den Stützpunkt graben ließ. Der Kommandeur des Bataillons wurde vom Kommandeur des Aufklärungszuges, Oberleutnant Sergej Schewelew gedeckt.

- Gerade in dieser Zeit unternahm ein georgischer Panzer einen Angriff gegen unsere Kaserne. Ich wurde am Bein verletzt, Sergej Schewelew traf ein Splitter in den Hals, er kam sofort ums Leben. Dieser Aufklärer hatte ein schweres Schicksal. Er hatte sich auf einer Dienstreise erkältet, es begann eine Krebserkrankung des Lymphsystems. Er musste einige Zyklen Chemietherapie machen. Unsere Frauen waren befreundet. Ich wusste, dass seine Familie materielle Schwierigkeiten hatte. Ich sagte ihm: „Wenn du gesund wirst, komm zu mir in das Friedensbataillon“. Er kam nach Zchinwal am 1. August und ersetzte einen anderen Kommandeur des Aufklärungsregiments. Und geriet in diesen Sumpf...

Als der Kommandeur des Bataillons am Bein verwundet wurde, dachte er, dass das Bein abgerissen wurde. Er kontaktierte den Stabschef, Kapitän Alexander Bugrij und sagte: „Ich wurde da getroffen, ich werde jetzt dies erledigen, übernimm bis dahin das Kommando“. Ein Sanitäter brachte ihn ins Dampfbad, schnitt seine Hose auf – es wurde klar, dass der Knochen und die Sehnen heil waren, durch einen Splitter war ein Teil des Muskels gerissen. Als Timermans Bein abgebunden wurde, kontaktierte er den Stab und sagte: „Alles in Ordnung“. Da traf ein Geschoss auf das Dach des Heizraums, sie wurden beinahe zugeschüttet...

Georgische Panzer schossen im direkten Richten. Die Zahl der Verletzten stieg. Alle wurden in den Keller gebracht. Oben bebte alles von Angriffen. Die Georgier organisierten für das Friedensbataillon ein wahres „Stalingrad“. Die Aufklärungs-, Granatwerfer- und zwei motorisierte Schützenzüge – etwas mehr als 100 Menschen – leisteten einem Bataillon der georgischen Truppen Widerstand. Die gegnerischen Panzer, die mit modernster israelischer Elektronik ausgestattet waren, beschossen gezielt den Stützpunkt der Friedenskräfte. Im direkten Richten wurde ein Operationswagen vernichtet. Der sich dort befindende Militär verbrannte.

Georgische Panzer schossen in einem Furioso auf das Gebäude, über dem eine Flagge mit einem roten Kreuz wehte. Es wurden alle Medikamente und Anästhesiemittel vernichtet. Schwerverletzte hatten keine Betäubungsmittel. Alles, was die Ärzte für sie tun konnten, war die Wunden abzubinden. Jederzeit konnten Verletzte an Blutverlust sterben.

- Zu diesem Zeitpunkt wurden wir bereits eingekesselt. Ich rief den Kommandeur an und fragte: „Werden irgendwelche Maßnahmen zur Evakuierung der Verletzten getroffen?“. Er sagte: „Ich kann nichts tun. Magst du selbst eine Entscheidung treffen?“. Ich hatte ein gepanzertes Ural-Fahrzeug, das nicht getroffen worden war. Wir belegten das Fahrzeug mit weißen Matratzen, luden 16 Kämpfer ein. Wir malten auf einem weißen Betttuch ein rotes Kreuz, steckten diese Flagge an den Wagen, öffneten das Tor. Ich segnete das Fahrzeug und es raste auf eigene Gefahr... Es wurde sofort aus Granatwerfern beschossen. Zu 90 Prozent hätten sie nicht durchbrechen können. Doch jemand da im Himmel rettete sie. Sie kamen auf die Sarskaja Straße und erreichten das Krankenhaus. Alle blieben am Leben.



https://scontent-frt3-1.xx.fbcdn.net/v/t1.0-9/20664018_808135132680112_7717017468556818908_n.png?oh=38f18461d8c6f2643460c2742ee0c4be&oe=5A330C87

Dan-news.info: „Die ukrainische Seite setzt den Genozid an der Bevölkerung des Donbass fort. Heute um 16:30 geriet ein **Mann**, geb. 1951, in einer Kleingartenkooperative beim Heuernten auf eine Mine, die eine ukrainische Diversionsgruppe gelegt hatte. Er **starb** an seinen Verletzungen im Krankenhaus“, teilte das operative Kommando der DVR mit. Am Ort der Tragödie werden derzeit Ermittlungen durchgeführt.

de.sputniknews.com: Russisches Ermittlungskomitee dementiert „Explosionsspuren“ an Kaczynski-Jet

Laut der Pressesprecherin des russischen Ermittlungskomitees, Swetlana Petrenko, gibt es keine Spuren einer Explosion am Flugzeug des polnischen Staatspräsidenten Lech Kaczynski, das 2010 unweit der russischen Stadt Smolensk abgestürzt war.

So kommentierte sie eine Erklärung der neuen polnischen Ermittlungskommission, die am Mittwoch erklärt hatte, dass die Tragflächenteile Spuren einer Explosion tragen sollen. „Die Zerstörung des linken Flügels der Tu-154M wurde nicht durch die Kollision mit einer Birke ausgelöst“, hieß es in der Kommission.

„Es ist absolut unklar, worauf diese neuen Schlussfolgerungen der polnischen Experten basieren. Bei den entsprechenden Untersuchungen kurz nach dem Unglück wurden keine Spuren einer Explosion entdeckt“, so Petrenko.

Sie betonte, sowohl die russischen als auch die polnischen Experten seien schon 2011 zum eindeutigen Schluss gekommen, dass die Kollision mit einer Birke zur Zerstörung des Flugzeuges geführt hätte, es hätte keine Zerstörungen vor der Kollision mit der Birke gegeben.

Petrenko fügte außerdem hinzu, der Flugzeugtrümmer würden in Russland als Beweisstücke aufbewahrt, und hätten die polnischen Experten, darunter die Mitglieder der neuen Kommission, seit 2014 keine zusätzlichen Besichtigungen oder Untersuchungen durchgeführt.

Die Tu-154 mit Präsident Lech Kaczynski und einer offiziellen polnischen Delegation an Bord war am 10. April 2010 unweit der russischen Stadt Smolensk abgestürzt. Beim Landeanflug hatte die Maschine bei dichtem Nebel Baumkronen gestreift. Von den 96 Insassen überlebte niemand.

Gleich nach dem Absturz schlossen sowohl russische als auch polnische Ermittler einen Sprengstoffanschlag als Ursache völlig aus. Später bestätigte auch die polnische Militärstaatsanwaltschaft, dass an Kaczynskis Jet keine Sprengstoff-Spuren gefunden worden seien.

Dan-news.info: Zwei Feuerwehrautos des Zivilschutzministeriums der DVR wurden heute Abend bei den Beschüssen des **Petrowskij-Bezirks von Donezk** beschossen. Dies teilte das operative Kommando der DVR mit.

„Ukrainische Soldaten schießen mit Schusswaffen und versuchen die Feuerwehrmannschaften bei der Löschung von brennenden Häusern zu behindern. Mitarbeiter des Zivilschutzministeriums erfüllen unter Beschuss mutig ihre Pflicht. Ein Treffer auf ein zweites Feuerwehrfahrzeug wurde festgestellt“, teilte das Kommando mit. Bis jetzt wurden Brände in Wohnhäusern in fünf Straßen festgestellt.

Vormittags:

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **siebenmal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit.

Beschossen wurden die Gebiete von **Shelobok, Prischib, Slawjanoserbsk, Frunse, Logwinowo, Kalinowo**. Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, verschiedenen Arten von Granatwerfern, Schützenpanzerwaffen und Schusswaffen. Zerstörungen von Gebäuden und Verletzte unter der Zivilbevölkerung und den Soldaten gibt es nicht.

de.sputniknews.com: Trump dankt Putin – für Diplomaten-Ausweisung
US-Präsident Donald Trump hat Russlands Staatschef Wladimir Putin für die angekündigte Ausweisung von Hunderten US-Diplomaten aus Russland gedankt, weil dies die Ausgaben der USA für ihre diplomatische Vertretung senkt.

„Ich möchte ihm (Putin, Anm. d. Red.) danken, denn wir wollen gerade kürzen. Ich bin sehr dankbar, dass er viele Leute entlassen will, denn jetzt haben wir eine kürzere Gehaltsliste“, sagte Trump.

Für die Diplomaten gebe es keinen Grund mehr, nach Russland zurückzukehren. „Wir werden eine Menge Geld sparen“, fügte er hinzu.

Ob Trump seine Äußerungen ernst meinte oder nicht, ist derweil jedoch umstritten.

Zuvor hatte der russische Präsident Wladimir Putin erklärt, dass insgesamt 755 Mitarbeiter der diplomatischen Missionen der USA Russland verlassen müssen. Damit sinkt deren Zahl auf 455 – das entspricht der Zahl der russischen Diplomaten in den Vereinigten Staaten. Wie Putin weiter betonte, haben die USA einen durch nichts provozierten Schritt zur Verschlechterung der Beziehungen zu Moskau unternommen. Zugleich sagte der Präsident, er

unterstütze keine Einschränkungen der Zusammenarbeit, die für die USA „spürbar“ wären. Die Ausweisung der US-Diplomaten war eine Reaktion Russlands auf die jüngst vom US-Senat beschlossenen Sanktionen: Trump hatte am 2. August ein Sanktionspaket gegen Russland unterzeichnet. Das zuvor von beiden Parlamentskammern abgesegnete Gesetz erweitert die Strafmaßnahmen gegen russische Banken und richtet sich zudem gegen alle Unternehmen, die sich an der Instandsetzung, der Modernisierung oder dem Ausbau russischer Exportpipelines beteiligen. Damit soll vor allem das Pipeline-Projekt Nord Stream 2 von Russland nach Europa verhindert werden

Armiyadnr.su: Operativer Bericht der Streitkräfte der DVR

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **33 Mal** das Regime der Feueinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **15 Ortschaften der Republik** mit Mörsern, Panzern, Schützenpanzer, Schützenpanzerwagen, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In der Folge der Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte gab es folgende Schäden (Stand 11. August):

Im **Petrowskij-Bezirk von Donezk** wurden 4 Häuser beschädigt:

Mamina-Sibirjaka-Straße 57 Beschädigung des Daches;

Mamina-Sibirjaka-Straße 27 Beschädigung des Daches;

Tschechow-Straße 9 Beschädigung eines Wirtschaftsgebäudes;

Ljujanenko-Straße 44 Beschädigung eines Wirtschaftsgebäudes.

Der friedliche Einwohner Alexandr Andrejewitsch Jankowskij, geb. 1951, geriet in Dokutschajews auf eine ukrainische Mine.

Zusätzliche Informationen werden ermittelt.

de.sputniknews.com: Droht einem Russischen Konsulat in den USA das Aus?

Die US-Regierung kann von Russland fordern, eines von insgesamt vier Generalkonsulaten in den USA zu schließen. Dies berichtet am Freitag die russische Zeitung „Kommersant“ unter Berufung auf diplomatische Quellen.

„Das kann Washingtons Antwort auf die durch Moskau verhängten Sanktionen sein, die eine heftige Kürzung des Personals der US-Botschaft in Russland sowie den Arrest mehrerer Immobilienobjekte vorsehen“, heißt es in dem Kommersant-Artikel. „Die Entscheidung kann zum 1. September bekanntgegeben werden.“

Das Blatt erinnert daran, dass gegenwärtig drei US-Generalkonsulate in Russland tätig sind – in St. Petersburg, Jekaterinburg und Wladiwostok. Russland hat dagegen gleich vier Generalkonsulate auf US-Territorium – in New York, San Francisco, Seattle und Huston. Nach Informationen der Zeitung verhandelten die beiden Länder vor einiger Zeit über die mögliche Öffnung einer vierten US-Botschaft in Russland, letzten Endes soll Washington diese Idee jedoch aufgegeben haben. Welcher russischen Botschaft nun die Schließung drohe, erwähnte „Kommersant“ allerdings nicht. Derzeit ist ebenfalls unklar, wie dieser Schritt die Ausstellung russischer Visa verändern könne...

Dan-news.info: In der Folge von Beschüssen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden wieder in den Dörfern Kominternowo, Saitschenko, Leninskoje, Sergejewka im Nowoasowskij-Bezirk im Süden der DVR die Stromversorgung unterbrochen, aber Reparaturbrigaden haben sie bereits wieder in Betrieb genommen.

de.sputniknews.com: Russland schließt Luftraum über Krim-Brücken-Baustelle

Russlands Verkehrsministerium hat offiziell eine Flugverbotszone über die sich im Bau befindende Brücke über die Straße von Kertsch bestätigt. Dies berichtet die Zeitung

„Iswestija“.

Flüge jeglicher Luftfahrzeuge in einer Höhe von bis zu 1000 Metern sind demnach verboten. Die Weite der Zone beträgt drei Kilometer, die Länge ist gleich der Gesamtlänge der Brücke selbst.

Die Einschränkungen wurden dem Ministerium zufolge zum Schutz des Objekts gemäß dem föderalen Verkehrssicherheitsgesetz verhängt.

Die Flugbeschränkung gilt rund um die Uhr. Eine mögliche Abschaffung der Zone werde erst nach der Vervollendung der Bauarbeiten möglich sein

nachmittags:

Dnr-online.ru: Mit Unterstützung der Bevollmächtigten für Menschenrechte in der DVR fand am 11. August ein Treffen des Kriminalisten Sergej Iskruk, der den Fall der Tragödie im Odessaer Gewerkschaftshaus bearbeitet und in der Folge die Ukraine verlassen hat, mit dem Leiter des UN-Büros in der Republik statt.

Im Ergebnis des Treffens gelang es, eine Vereinbarung über eine Befragung von Sergej Iskruk durch UN-Vertreter zu schließen, um die Fakten der durchgeführten Expertise festzuhalten.

„Das Treffen hatte informellen Charakter, ich wurde für die nächste Woche in das UN-Büro eingeladen, um detailliertere Aussagen zu machen. Es wurde eine Reihe von Fragen erörtert, die Sicherheit meines Aufenthalts hier betreffend. Weiter möchte ich anmerken, dass ich gestern in der Generalstaatsanwaltschaft der DVR war, wo ich eine Aussage über die Odessaer Tragödie gemacht habe“, kommentierte der Experte.

Sergej Iskruk fügte hinzu, dass inzwischen die Materialien der Expertise zur Tragödie in Odessa an die Rechtsschutzorgane der Republik übergeben wurden.

de.sputniknews.com: Kiews Mauerprojekt gegen Russland scheitert – an Wildschweinen
Die Mauer, die die Ukraine an der Grenze zu Russland baut und für die sie bereits Millionen Euro ausgegeben hat, ist von Wildschweinen durchlöchert und untergegraben worden, berichtet das ukrainische Nachrichtenportal Westi.

In der Nähe des ukrainischen Dorfes Kasatschja Lopan bei Charkow befindet sich der „Vorzeige“-Teil der Mauer, sagte Dorfoberhaupt Wjatscheslaw Sadorenko dem Portal. Dorthin werden Abgeordnete und Journalisten gebracht, damit sie sich den Bau ansehen. Wenn man aber ein Stück weiter gehe, finde man „weder Graben noch Mauer“.

„Auch bei uns ist der Maschendraht nicht besonders gut: Wildschweine haben ihn stellenweise durchlöchert und untergraben“, so Sadorenko.

Zuvor war mitgeteilt worden, dass die Ukraine die Umsetzung des Projekts wegen mangelnder Finanzierung gestoppt habe.

Das ukrainische Mauerprojekt, auch als „europäische Mauer“ bezeichnet, sieht den Bau von Gräben und Sonderobjekten an der russisch-ukrainischen Grenze vor. Die Länge der Grenze beträgt mehr als 2.000 Kilometer. Laut Plänen der ukrainischen Regierung soll die Mauer die östliche Grenze der Europäischen Union werden. Der Bau sollte in zwei Etappen erfolgen: zuerst in den Gebieten Tschernihiw, Sumy und Charkiw und dann auch in den Gebieten Lugansk und Donezk.

Wie 2014 der damalige Premierminister der Ukraine, Arseni Jazenjuk, erklärt hatte, sollte dieser Schutzwall bis Ende 2018 fertiggestellt werden. Bislang wurde aber nur etwa ein Viertel der geplanten Gesamtlänge aufgestellt.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31484/09/314840904.jpg>

de.sputniknews.com: „EU-Lebensstandards bleiben unerreichbar“: Kiew gesteht Verarmung der Ukrainer

Bei den seit dreieinhalb Jahren laufenden Reformen sind die Ukrainer wesentlich ärmer und rechtloser geworden und müssen jetzt ums Überleben kämpfen, meint der Vorsitzende der ukrainischen gesellschaftlichen Bewegung „Ukrainische Wahl – das Recht des Volkes“, Viktor Medwedtschuk.

„Eines der populärsten Themen in den Medien ist jetzt, dass die Ukrainer in den letzten drei Jahren weniger essen“, schrieb der Politiker auf Facebook.

Medwedtschuk berief sich auf die Angaben des Statistikkomitees der Ukraine, laut denen seine Landleute 7,2 Prozent weniger Fleisch, 33,3 Prozent weniger Fisch sowie 19,5 Prozent weniger Obst, Beeren und Nüsse konsumieren.

„Die berüchtigten europäischen Lebensstandards, genauso wie eine vollberechtigte EU-Mitgliedschaft, bleiben selbst in der fernsten Perspektive unerreichbar“, so Medwedtschuk. Zuvor hatte der ukrainische Sozialminister Andrij Rewa geäußert, dass die Ukrainer mehr als die Hälfte ihres verfügbaren Einkommens für Lebensmittel ausgeben, weil sie angeblich beim Essen nicht sparen wollen. Dennoch zeigt eine Studie des Finanzportals Vexcash, dass die Ukrainer nicht die Hälfte, sondern 38,1 Prozent ihres Einkommens für Lebensmittel ausgeben. In Deutschland liegt der Anteil bei rund zehn Prozent.

Nach Angaben der Regierung in Kiew betrug das durchschnittliche Bruttogehalt in der Ukraine in den ersten vier Monaten dieses Jahres 6.500 Hrywna (215 Euro) im Monat.

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs des operativen Kommandos der DVR Eduard Basurin

In der letzten Woche haben in den Verbänden und Truppenteilen der Streitkräfte der DVR Truppenübungen der Einheiten und die erste Etappe des Wettbewerbs von Panzerbesatzungen stattgefunden.

Die Streitkräfte der DVR führen weiter gemeinsam mit anderen militärischen Strukturen der Republik Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus und zum Kampf gegen Diversions- und Erkundungsgruppen des Gegners durch.

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte 33 Mal das Regime der Feueereinstellung verletzt.

Der Gegner hat drei Panzergeschosse und 110 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm auf das Territorium der Republik abgeschossen.

In der Folge von Beschüssen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte **starb ein Soldat** der Streitkräfte der DVR und ein **weiterer wurde verletzt**, außerdem geriet der **Bürger** Alexandr Andrejewitsch Jankowskij, geb. 1951, **auf eine von deiner ukrainischen Diversionsgruppe gelegte Mine**.

Insgesamt hat der Gegner **in der letzten Woche 342 Mal** das Regime der Feueereinstellung verletzt und 1692 Artillerie-, Panzer- und Mörsergeschosse auf das Territorium der Republik abgeschossen.

Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **33 Ortschaften der Republik** beschossen, in sieben von ihnen wurden 21 Häuser beschädigt oder zerstört. **Am meisten** waren die **Bezirke Petrowskij und Kirowskij von Donezk sowie Dokutschajewsk** von den Beschüssen betroffen.

Am 10. August haben Nationalisten aus dem 46. Bataillon „Donbass-Ukraina“ ein weiteres Kriegsverbrechen begangen. Gegen 18 Uhr haben sie den Petrowskij-Bezirk von Donezk beschossen, Ziel war die Zerstörung von ziviler Infrastruktur. Nach der Eröffnung des Feuers und Bränden in Wohngebieten haben die ukrainischen Soldaten zielgerichtet das Feuer mit Schusswaffen, einschließlich großkalibrigen Maschinengewehren, auf ein am Ort eingetroffenes Feuerwehrfahrzeug eröffnet. Ziel dieser Handlungen war die Vergrößerung des Schadens durch den Beschuss durch eine größere Ausbreitung der Flammen sowie die Einschüchterung der Mitarbeiter des Zivilschutzministeriums und von friedlichen Einwohnern.

Aber den ukrainischen Kriegsverbrechern ist es nicht gelungen, die gesetzten Ziele zu erreichen – die Feuerwehrleute haben die Löscharbeiten, trotz der Lebensgefahr und obwohl ihr Fahrzeug erheblichen Schaden erlitten hat, fortgesetzt.

Zuvor habe ich erklärt, dass **ukrainische Diversanten unter Leitung ausländischer Instruktoren auf dem Territorium eines Kinderlagers in Kurachowo in Sprengstoffkunde ausgebildet** werden. Nach uns vorliegenden Informationen bestätigt sich die **Aktivität** der ausgebildeten Diversionsgruppen **im Gebiet von Dokutschajewsk**. Gestern gegen 16:30 geriet der Einwohner von Dokutschajewsk Alexandr Andrejewitsch Jankowskij, geb. 1951, beim Grasmähen auf dem Gebiet der Kleingartenkooperative „Tschdnowskoje“ auf eine von Diversanten gelegte Mine. Der **Mann starb** im Krankenhaus an seinen Verletzungen. In der Folge von Beschüssen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte **starb ein friedlicher Einwohner, einer wurde verletzt, außerdem starben fünf Soldaten, zwei wurden verletzt**. Zu unserem Bedauern wird das Regime der Feueereinstellung nur einseitig eingehalten. Unter Nutzung der Tatsache, dass die Streitkräfte der DVR die erreichten Vereinbarungen einhalten, hat der Gegner die Mörserbeschüsse verstärkt, die Zahl der Fälle von Anwendung von schwerer Artillerie und Panzern ist gewachsen.

In der letzten Woche haben Beobachter der OSZE-Mission gemäß den offiziellen Berichten das Fehlen von schweren Waffen in den Lagerorten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt:

4 Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“;

5 Haubitzen „MSTA-B“;

20 Haubitzen „Giazint-B“;

12 Antipanzergeschütze „Rapira“;

Und aus vier Lagerorten von insgesamt 12 Abzugsorten, die teilweise mit schweren Waffen belegt sind, sind überhaupt alle Waffen und Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte abgezogen worden.

Ein weiterer Beweis für die Anwesenheit von schweren Waffen der ukrainischen Streitkräfte in der Nähe der Kontaktlinie in Verletzung der Minsker Vereinbarungen und für deren Anwendung auf das Territorium der DVR ist der Fall der Selbstentzündung eines Geschosses in einem 122mm-Geschütz im Gebiet von Marjinka, in deren Folge ukrainische Soldaten

verletzt wurden.

Dabei imitiert Kiew auf internationaler Ebene den Wunsch, die Vereinbarungen zu erfüllen, und die Absicht zu einer friedlichen Regelung des Konflikts. Tatsächlich wird weder ein Abzug schwerer Waffen durchgeführt noch das Regime der Feueereinstellung eingehalten, und zwar **offen, vor den Augen der OSZE-Mission**.

In der letzten Zeit ist eine Zunahme von Treibstoff- und Munitionslieferungen an Einheiten der ukrainischen Streitkräfte **in Richtung Gorlowka** zu bemerken, die Aktivität der Luftaufklärung des Gegners mit Hilfe von Drohnen vergrößert sich, was von der **Vorbereitung von aktiven Handlungen in dieser Richtung** durch das Kommando der „ATO“ Zeugt, vermutlich zwischen dem 11. und dem 14. August.

Gleichzeitig wurden vom Stab der „ATO“ Anweisungen ausgegeben, die **OSZE-Beobachter** bei der Durchführung des Monitorings der Lage in der Nähe der Abgrenzungslinie **in jeder Weise zu behindern**, um die Feuerpositionen und die Konzentrationsgebiete von verbotenen Waffen zu verheimlichen. Unter anderem wurde am 9. August von den Positionen der 72. mechanisierten Brigade aus eine Drohne der Mission beschossen. Außerdem haben Soldaten derselben Brigade die Tageslichtkamera, die von OSZE-Beobachtern im Gebiet der Donezker Filterstation installiert worden war, beschossen und außer Betrieb gesetzt.

Auf diese Weise versucht das ukrainische Militärkommando, vor den Beobachtern nicht nur verbotene Waffen, sondern auch die Positionen, von denen aus regelmäßig Beschüsse des Territoriums der Republik erfolgen, zu verstecken. Und sie haben etwas zu verstecken. Beispielsweise werden Artillerie und Mörser der Gegners **auf Feuerpositionen** in Awdejewka und Krasnogorowka **in der Nähe von Wohnhäusern** gezogen. „Furchtlose“ ukrainische Artilleristen beschießen „mutig“ den Jasinowataja-Bezirk, die Donezker Filterstation, den Kirowskij- und Petrowskij-Bezirk von Donezk, im direkten Sinne, von Orten hinter dem Rücken von friedlichen Bürgern aus.

Das Kommando der „ATO“ plant die **Schaffung von gefälschten Informationen**, die auf die Beschuldigung der Führung der DVR der Verletzung der erreichten Vereinbarungen abzielen und sie bereitet günstige Bedingungen für die Entfaltung einer Aggression vor.

So fabriziert die ukrainische Seite falsche Beschuldigungen, was an einem kürzlichen Beispiel deutlich sichtbar ist. Am 6. August wurde von den Positionen der 59. Panzergrenadierbrigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Samoschnoje aus mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“ das zeitweise von Kiew besetzte Territorium in der Nähe von Pischtschewik beschossen, wo Kämpfer des „Rechten Sektors“ die Verteidigungslinien hielten. Direkt nach hat die Artillerie der 40. Artilleriebrigade der ukrainischen Streitkräfte das Feuer mit Geschützen des Kalibers 152mm auf Saporoshez in der DVR angeblich „erwidert“. In der Folge wurden sieben private Häuser beschädigt, vier friedliche Einwohner erlitten psychische Traumata.

Eine solche Handlungstaktik verwendet das ukrainische Militärkommando regelmäßig, dabei werden aktiv kontrollierte Massenmedien eingesetzt, die ihrem Auditorium zum großen Teil verdrehte Fakten und fabrizierte Materialien vorlegen.

Ich habe bereits mehrfach mitgeteilt, dass Mitarbeiter ukrainischer Spezialdienste ihre Tätigkeit zur **Schaffung eines Geheimdienstnetzes aus friedlichen Einwohnern**, die auf dem zeitweise von Kiew besetzten Territorium leben, aktiviert haben. Gewöhnlich werden die Menschen gewaltsam zur Zusammenarbeit unter Androhung physischer Vergeltung auch an Verwandten gezwungen, sie werden mit strafrechtlicher Verfolgung aufgrund fabrizierter Strafangelegenheiten eingeschüchtert.

Wie der Sicherheitsdienst der Ukraine genau handelt, werden Ihnen Soldaten der Streitkräfte der DVR berichten. Ihre Familien, die auf von Kiew kontrolliertem Territorium leben, und sie selbst haben mehrfach Drohungen und Forderungen, für den Sicherheitsdienst der Ukraine zu arbeiten, erhalten.

de.sputniknews.com: US-Marine errichtet Operationszentrum in der Ukraine
Die US-Kriegsmarine errichtet in der Ukraine ein maritimes Operationszentrum. Die Bauarbeiten in Otschakow an der Schwarzmeerküste haben bereits am 25. Juli begonnen, informiert das Presseamt des US. Navy.

Das "Maritime Operations Center" sei für künftige gemeinsame Militärübungen nötig und solle die Verteidigungsfähigkeit der Ukraine erhöhen, sagte Leutnant Jason McGee. Neben dem Operationszentrum sollen eine Wartungsstätte für Schiffe und ein Sicherheitsraum mit mehreren Kontrollposten gebaut werden.

Vor der Unabhängigkeit der Ukraine 1991 befanden sich in Otschakow ein Marine- und ein Hubschrauberstützpunkt der sowjetischen Armee.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31698/43/316984326.jpg>

de.sputniknews.com: „Endkampf um die Ukraine“: Poroschenkos Strategie der „permanenten Angst“

Die Äußerungen des ukrainischen stellvertretenden Ministers für Migration und Flüchtlinge, Juri Grymstschak, über den im November anstehenden „Endkampf um die Ukraine“ gegen Russland lassen sich voll in die Propagandastrategie von Poroschenkos Regime einordnen, so der russische Politologe und Sicherheitsexperte Andrej Manoilo.

Am Donnerstag erklärte Grymstschak, dass „der Endkampf um die Ukraine“ im November 2017 stattfinden werde. Er habe den ernstesten Verdacht, dass „Russland versuchen wird, alles aufzufahren, was es hat, um die Situation zu destabilisieren“.

Der Professor der Moskauer Lomonossov-Universität und Mitglied des wissenschaftlichen Rates beim Sicherheitsrat der Russischen Föderation, Andrej Manoilo, erläutert: „Das herrschende Regime versucht in der Ukraine die sogenannte Strategie der ‚permanenten Angst‘ durchzuführen. Die Bevölkerung muss in ständiger Angst und in ständiger Erwartung eines angeblich bevorstehenden Angriffes leben.“

Nur so könne man die ukrainische Gesellschaft noch konsolidieren und sie um den regierenden Präsidenten scharen. „Die Behauptungen über einen bevorstehenden russischen Angriff werden regelmäßig ausgesprochen – in der Regel wird die „unabwendbare Gefahr“ für die kommenden paar Monate angesetzt“, so Manoilo weiter.

Meistens würden vor allem hoch dotierte Beamte sowie Parlamentarier erklären, Moskau würde jetzt „die Kräfte bündeln“ und „Pläne schmieden“ – diesmal aber wirklich. Zu der konsolidierenden Wirkung dieser Statements komme noch ein „prophylaktisches“ Ziel hinzu:

Der baldige Angriff eines mächtigen Feindes lasse die Bevölkerung sofort alle Sorgen um die kollabierende Wirtschaft, den Verfall des Lebensstandards und die horrenden Lebenserhaltungskosten vergessen.

„Regime wie das ukrainische haben keine langfristige Entwicklungsstrategie für das Land und dürfen daher ‚heiße‘ Fragen erst gar nicht aufkommen lassen“, so der Politologe.

Für ein vernünftiges Existieren bräuchte die ukrainische Führung drei Faktoren. Erstens benötige man immer einen Feind, auf den man das eigene Versagen abwälzen kann und der die Bevölkerung in ständiger Angst hält. Zweitens seien ständige finanzielle Infusionen von außen notwendig, um die kollabierende Wirtschaft „über Wasser“ zu halten. Drittens müsse es rechtsradikale Bewegungen geben, auf die sich das Regime im Notfall stützen kann und die die traditionellen Werte ersetzen können. Dies alles wären Eigenschaften eines „faschistischen Regimes“, meint der Experte.

Einige Wochen bevor die Ukraine ihren Unabhängigkeitstag am 24. August begeht, beginnen die regimenahe ukrainischen Medien traditionell damit, massiv über die „wachsenden Provokationen“ seitens Russlands zu berichten. Die Kernnachricht dabei sei immer die gleiche: Am ukrainischen Unabhängigkeitstag will Moskau heftige Angriffe im Donbass starten, um der ukrainischen Armee Verluste zuzufügen und die Lage im Land zu destabilisieren. Solch eine Propagandakampagne sei in diesem Jahr bereits gestartet worden. In der Tat lässt sich eine ganze Liste mit Bedrohungsszenarien aufstellen, die ukrainische Politiker wieder und wieder gebetsmühlenartig aufzählen. Vor kurzem erst hatte die ukrainische Abgeordnete Irina Fries behauptet, Russland hege den Plan, Transnistrien in das Staatsgebiet aufzunehmen, um dann vom Westen aus die Ukraine in der Region um die Stadt Odessa anzugreifen.

Im Juni sagte ein anderer Abgeordneter der Obersten Rada (ukrainisches Parlament – Anm. d. Red.), Dmitri Tymtschuk, Moskau plane einen Angriff über den Donbass und parallel aus dem Norden in Richtung Charkow und Kiew.

Im Mai erklärte Valentin Petrov, Mitarbeiter im ukrainischen Nationalen Sicherheitsrat, dass das Land auf die russischen Navigationssysteme Yandex verzichten sollte, weil diese beim bevorstehenden russischen Angriff von Moskaus Armee genutzt werden würden.

Insgesamt erklingt bereits seit vier Jahren durchgehend einmal im Monat eine neue Warnung eines ukrainischen Abgeordneten oder Beamten über einen „unmittelbar bevorstehenden und unvermeidbaren Angriff“ von russischer Seite.

„Es ist paradox, aber für Poroschenko ist ein rebellierender Donbass viel besser als ein zurückerobertes Donbass,“ bekräftigt der Politologe.

Dieser Brennpunkt auf der ukrainischen Karte erlaube ihm, das wirtschaftliche Versagen, die Verarmung der Bevölkerung, die leeren Staatskonten und alle anderen Probleme auf andere abzuwälzen. Der Hauptschuldige, den man der Bevölkerung vor die Nase setzen könne, sei schließlich schnell und leicht gefunden – Russland und dessen angebliche Aggression, so Manoil.

Lug-info.com: Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes der Ukraine haben die minderjährige Tochter einer Soldatin der Volksmiliz der LVR als Geisel genommen, die bei der Großmutter auf dem von Kiew kontrollierten Gebiet des Lugansker Landes zu Besuch war, und verlangen von der Mutter die Zustimmung zur Zusammenarbeit. Dies teilte das Staatssicherheitsministerium der LVR mit.

„An das MfS der LVR wandte sich die Soldatin der Volksmiliz der LVR Marina Gojko, die Opfer der terroristischen Methoden der Arbeit ukrainischer Spezialdienste wurde. Ihre minderjährige Tochter war Geisel des Sicherheitsdienstes der Ukraine, sie befand sich in den Ferien bei der Großmutter, die auf dem zeitweilig von den ukrainischen Streitkräften besetzten Territorium lebt. Die Mitarbeiter des Spezialdienstes versprachen, das Kind zurückzugeben und das Leben der Eltern von Marina Gojko zu schonen, wenn sie mit ihnen

zusammenarbeitet und ihnen Informationen übergibt, die ein Staatsgeheimnis der LVR darstellen“, teilte das Ministerium mit.

„Zu meinen Eltern kamen unbekannte Menschen in Uniform, sprachen mit meiner Mutter und forderten, dass sie sich mit mir in Verbindung setzt, damit ich mit denen zusammenarbeite. Am Checkpoint haben sie meine Mutter mit dem Kinder aufgehalten, sie haben ihr die Geburtsurkunde des Kindes weggenommen, damit sie so lange dort bleibt, bis ich meine Zustimmung zur Zusammenarbeit gegeben habe“, berichtete Gojko. Die Soldaten fügte hinzu, dass die Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes der Ukraine ihr anderthalb Stunden zum Nachdenken gegeben haben.

de.sputniknews.com: **Krim-Reise mit Folgen: Durchsuchung bei ehemaligem SPD-Bundestagsabgeordneten**

Die Staatsanwaltschaft Karlsruhe hat aufgrund einer Anzeige des Wirtschaftsministeriums unter Leitung von Brigitte Zypries (SPD) die Privatwohnung des ehemaligen SPD-Bundestagsabgeordneten Jörg Tauss durchsuchen lassen. Ihm wird vorgeworfen, eine Gruppenreise auf die Krim organisiert zu haben.

Seit der Wiederangliederung der Krim an Russland haben neben vielen Privatpersonen auch deutsche Politiker, wie der Abgeordnete der Linken Andreas Maurer trotz Sanktionen die Krim besucht. Jüngst sorgte auch der Fall des Auftritts der deutschen Musikgruppe Scooter auf der Krim für Aufsehen, für den die Ukraine den Bandmitgliedern nun mit bis zu acht Jahren Haft droht. Abgesehen von Einreiseverboten in die Ukraine führten solche Reise bisher jedoch nicht zu Konflikten mit dem deutschen oder europäischen Recht. Entsprechend überrascht zeigte sich der Vorsitzende des Vereins West-Ost-Gesellschaft in Baden-Württemberg, Jörg Tauss, im Sputnik-Interview über die plötzliche Hausdurchsuchung in seiner Privatwohnung am 21. Juli:

„Das ist in der Tat eine neue Qualität und für uns war das auch überraschend. Wir haben eine Krim-Reise organisiert und uns wird genau das vorgeworfen, die Organisation so einer Reise, nicht einmal die Reise selbst. Die Organisation verstieße gegen die EU-Sanktionen. Schon das ist befremdlich, da man ja eine Reise logischerweise organisiert. Entsprechend waren wir erstaunt, als morgens um halb Neun plötzlich vier Polizisten in kugelsicherer Weste mit einem Hausdurchsuchungsbefehl vor meiner Haustür standen.“

Tauss und seinem Verein wird ein Verstoß gegen das Außenwirtschaftsgesetz vorgeworfen. Laut Gerichtsbeschluss, der Tauss vor der Hausdurchsuchung ausgehändigt wurde, suchte man nach „...Informationen über die Organisation von Reisen in die Krim...“

Als Grund für die Hausdurchsuchung wird der Verdacht angeführt:

„...dass der Verein im Jahr 2016 eine touristische Gruppenreise auf die Krim organisiert hat und für die Zukunft weitere Gruppenreisen dorthin anbieten will.“

Rechtlich beruft man sich in dem Schreiben auf die EU-Verordnung zu den Krim-Sanktionen: „Unter anderem verbietet Artikel 2d der VO (EU) 692/2014 die Erbringung von Dienstleistungen in unmittelbarem Zusammenhang mit tourismusbezogenen Aktivitäten auf der Krim um in Sewastopol.“

Dem Vereinsvorsitzenden war vor der Reise das Außenwirtschaftsgesetz bekannt und er hat sich zusätzlich bei einem anderen ehemaligen SPD-Genossen abgesichert:

„Das Außenwirtschaftsgesetz sagt, dass kommerzielle Reisen und touristische Dienstleistungen im gewerblichen Bereich nicht akzeptabel sind. Deswegen haben wir uns auch, bevor wir die Reise im Verein ausgeschrieben haben, beim Auswärtigen Amt und beim Russlandbeauftragten der Bundesregierung Gernot Erler rückversichert. Und von dort erhielten wir die Bestätigung, dass bei Reisen von Vereinen wie unserem keine Bedenken bestünden. Umso betrüblicher ist es dann, wenn das Bundesministerium für Wirtschaft ohne jede Rückkopplung zu einer Strafanzeige greift. Wir fordern die Bundesregierung auf, erst einmal in ihren eigenen Reihen, bei ihren Ministerien für Klarheit zu sorgen.“, so Tauss im

Interview.

Im Antwortschreiben vom Bundestagsabgeordneten Gernot Erler an den Verein hieß es wörtlich:

„Laut Auswärtigem Amt betreffen die Sanktionen nur Reiseunternehmen aus der EU. Ihnen ist es nicht mehr erlaubt, Tourismusdienstleistungen auf der Krim anzubieten. Bei Vereinen, die das nicht gewerbsmäßig machen, hat man keine Bedenken. Es erfolgt allerdings der Hinweis, dass von Reisen auf die Halbinsel Krim abgeraten wird, weil deutschen Staatsangehörigen dort kein konsularischer Schutz gewährt werden kann.“

Bei der Hausdurchsuchung wurden Computer und Korrespondenz konfisziert. Den Vorwurf der kommerziellen Organisation der Reise schließt Tauss aufgrund des Profils seines Vereins aus:

„Es ist leicht zu erkennen, dass wir ein gemeinnütziger Verein ohne Gewinnerzielungsabsicht sind. Wir sind nicht die Firma Neckermann und chartern kein Kreuzfahrtschiff, um in Jalta anzulegen. Wir haben in unserer Satzung einen völkerverständigenden Auftrag, leisten viel im Bereich der medizinisch-humanitären Zusammenarbeit, aber wir führen als Verein auch Reisen durch. Und es war der Wunsch unserer Mitglieder, eine Reise auf die Krim zu organisieren und das haben wir dann im September 2016 auch getan.“

Der Verein West-Ost-Gesellschaft in Baden-Württemberg engagiert sich seit dreißig Jahren in Osteuropa. Ursprünglich zur Hilfe für Opfer der Atomkatastrophe im ukrainischen Tschernobyl entstanden, unterstützt der Verein bis heute vor allem im Bereich der medizinisch-humanitären Zusammenarbeit Kliniken in ehemaligen Sowjetrepubliken, in Russland und Belarus. Im vergangenen Jahr beschlossen Vereinsmitglieder, eine Reise auf die Krim zu organisieren, um sich ein Bild von der Lage vor Ort zu machen. Von der Reise berichteten sie ausführlich auf ihrer Vereinswebsite.

Jörg Tauss war von 1994 bis 2009 Abgeordneter des Bundestages für die SPD. Anschließend war er bei der Piratenpartei. Unmittelbar nach der Hausdurchsuchung schrieb er deshalb Briefe an seine ehemaligen Parteigenossen Wirtschaftsministerin Brigitte Zypries und Außenminister Sigmar Gabriel. Allerdings hat er bis heute keine Antwort erhalten:

„Ich war ja selbst einmal Abgeordneter des Deutschen Bundestages und normalerweise ist es üblich, Bürgeranfragen innerhalb von 14 Tagen zu beantworten. Wir verlangen von der Wirtschaftsministerin die unverzügliche Rücknahme dieser Anzeige und wir fordern die Bundesregierung auf, die Rechtslage in Bezug auf Reisen auf die Krim ganz klar zu stellen, damit nicht noch mehr Teilen der Zivilgesellschaft Vorgänge wie bei uns zugemutet werden. Wo kommen wir denn hin, wenn jetzt plötzlich bei allen Vereinen mit langjährigen Partnerschaften zur Krim die Polizei vor der Haustür steht?“

Allein in Baden-Württemberg haben die Städte Baden-Baden, Heidelberg und Ludwigsburg Partnerschaften mit Jalta, Simferopol und Jewpatorija auf der Krim.

Tauss glaubt zwar eher nicht, dass der Strafbefehl von SPD-Ministerin Zypries auch mit seiner eigenen Parteivergangenheit zusammenhängt, aber er kritisiert die Haltung der SPD in der Krimfrage:

„Es mag natürlich sein, dass ich mit meinem Austritt aus der SPD und Übertritt zu den Piraten ein Dorn im Auge bin. Aber darum geht es nicht. Ich halte es politisch für problematisch, dass ausgerechnet Sozialdemokraten sich an dieser Krim-Hysterie beteiligen. Ich verstehe auch die Kritik der SPD an den Äußerungen von Herrn Lindner zur Krim in den letzten Tagen überhaupt nicht. Lindner hat doch recht. Es bedarf umgehender Schritte, das Verhältnis zu Russland zu normalisieren und die SPD taucht hier weg und überlässt Fragen der Entspannungspolitik plötzlich der FDP. Das ist für mich als ehemaligen Sozialdemokraten sehr enttäuschend. Aber, wie gesagt, hier geht es in erster Linie um ganz klare rechtliche Sicherheit für die Zukunft für alle, die sich auf der Krim zivilgesellschaftlich und städtepartnerschaftlich beteiligen.“

Anscheinend ist die Rechtslage bezüglich Reisen auf die Krim doch nicht so klar, wie es der

martialische Auftritt des Staates im Falle dieses Vereins glauben macht. Bisher ist unklar, wie es im Falle der Reise dieses Vereins weitergeht. Der Strafantrag liegt nun bei der Staatsanwaltschaft Karlsruhe.

Jörg Tauss erwartet von Hausdurchsuchung und Strafbefehl keine Konsequenzen für sich und seinen Verein und gibt sich kämpferisch:

„Abgesehen von einem möglichen Ermittlungsverfahren gegen unseren Verein und mich persönlich geht es hier offensichtlich darum, die Zivilgesellschaft einzuschüchtern. Das können wir so nicht hinnehmen und deshalb werden wir uns nach Kräften wehren.“



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31698/67/316986795.jpg>

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR
Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)
Die Hauptzahl der ukrainischen Technik und Waffen, die sich an der Kontaktlinie befindet, kommt regelmäßig in den täglichen offiziellen Berichten der OSZE-Mission als an den Lagerorten fehlende zum Ausdruck.

In der letzten Woche wurde in den OSZE-Berichten das Fehlen folgender Waffen festgestellt: zwei 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 8 152mm-Haubitzen „Giazint-B“, 13 152mm-Haubitzen „Msta-B“, 18 152mm-Haubitzen „Akazija“, 6 122mm-Haubitzen D-30, 19 120mm-Mörser M-120 und 2B11, 13 Panzer T-64 und T-72, 6 100mm-Antipanzergeschütze MT-12 „Rapira“.

Das Fehlen dieser Technik und Waffen wird schon lange festgestellt, aber eine Reaktion von Seiten der ukrainischen Regierung auf dieser Verstöße gibt es nicht. Wir sind überzeugt, dass die Mehrheit dieser Waffen von den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte bei den Beschüssen des Territoriums der Republik verwendet wird.

Er merkte auch an, dass die Aufklärung der Volksmiliz weiterhin das Vorhandensein von Waffen und Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte, die von den Minsker Vereinbarungen verboten sind, entlang der Kontaktlinie feststellt.

So wurden im Gebiet von Nowotoschkowskoje Feuerpositionen von zwei Mörsermannschaften und einer Abwehrgeschützmannschaft festgestellt. In Trjochisbjonka wurden Positionen von Mörserbatterien entdeckt. In Krymskoje wurden Schützenpanzer entdeckt sowie Positionen einer Mörserbatterie. In Nowoswanowka die Positionen einer Mörserbatterie des Kalibers 120mm, zwei Unterstützung mit Schützenpanzern der 53. Brigade.

Diese Fakten bestätigen den Unwillen der ukrainischen Seite einen friedlichen Dialog zu führen und die Vereinbarungen zur Regelung der Situation im Donbass zu erfüllen. Ich möchte die Bürger der Ukraine, die in der „ATO“-Zone leben, davor warnen, dass die Behörden der Ukraine weiter die Verfolgung Andersdenkender betreiben und die Rechte und Freiheiten der Einwohner des Donbass einschränken.

Seit dem 8. August führt der Sicherheitsdienst der Ukraine in **Lisitschansk, Sewerodonezk, Rubeshnoje** unter dem Anschein von Übungen zur Bekämpfung von Terror- und Diversionsgefahren eine **Säuberung der dem Kiewer Regime „nicht genehmen“ Bevölkerung** durch. Außerdem sind uns aus eingegangenen Informationen **Fälle von Verschwinden örtlicher Einwohner und Geschäftsleute** bekannt.

Die Soldaten fordern von den Menschen während der Durchführung dieser Maßnahmen befehlsmäßig, ihre Häuser nicht ohne Notwendigkeit zu verlassen.

In der letzten Woche haben die ukrainischen Truppen das Regime der Feueinstellung **49 Mal** verletzt. Es wurde mit allen Arten von Waffen geschossen: 120- und 82mm-Mörser, Schützenpanzer, Granatwerfer verschiedener Art und Schusswaffen.

Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik 725 Geschosse abgeschossen.

Im Vergleich zur letzten Woche hat sich die Zahl der Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte um 12 verringert. In dieser Woche **starb** in der Folge der ukrainischen Aggression **ein Soldat** der Volksmiliz der LVR.

Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **Losowoje, Logwinowo, Donezkij, Molodjoshnoje, Perwomajsk, Almasnoje, Kalinowo, Slawjanoserbsk, Prischib, Sokolniki, Sholobik, Frunse und Krasnyj Jar** beschossen.

Die Befehle zur Eröffnung des Feuers erteilten der Kommandeur der 53. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte Grusewitsch, der Kommandeur der 10.

Gebirgsturmbriade der ukrainischen Streitkräfte Subanitsch, der Kommandeur der 58.

Panzergrendierbrigade Drapatyj, der Kommandeur der 14. mechanisierten Brigade Shakun.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner das Regime der Feueinstellung siebenmal verletzt und 127 Geschosse auf das Territorium der Republik abgeschossen.

Es ist eine Zunahme der **Fälle von Selbstmord** unter den ukrainischen Soldaten festzustellen. In der letzten Woche begingen in der 58., 10., 14. Brigade der ukrainischen Streitkräfte neun Soldaten Selbstmord.

Der Stab der „ATO“ verheimlicht weiter das wirkliche Ausmaß der Verluste der ukrainischen Streitkräfte in der Zone der militärischen Operation im Donbass.

Außerdem wurde uns bekannt, dass mehr als 600 Soldaten aus der 58. Brigade sich geweigert haben, ihren Vertrag mit den ukrainischen Streitkräften zu verlängern, im Zusammenhang damit ist im Januar 2018 der Abzug der Brigade aus der „ATO“-Zone geplant und ihre folgende Umbildung.

Nicht viel besser sieht die Sache in der 14. mechanisierten Brigade aus, die nur zu 60% personell ausgestattet ist. In dieser Brigade gibt es systematische Unterbrechungen bei Treibstoff- und Trinkwasserlieferungen. Derzeit haben die Einheiten einen kritisch niedrigen Treibstoffvorrat.

de.sputniknews.com: Lawrow: US-Botschaften lenken Opposition in Ost- und Mitteleuropa
Russlands Außenminister Sergej Lawrow hat den USA vorgeworfen, durch ihre Botschaften in verschiedenen Ländern dortige Oppositionspolitiker zu "lenken".

„In Ost- und Zentraleuropa gibt es jede Menge von Fakten, dass die jeweilige amerikanische Botschaft die Prozesse, darunter auch die Handlungen der Opposition, buchstäblich lenkt“, sagte Lawrow am Freitag auf einem Jugendforum bei Wladimir. Konkrete Beispiele nannte der Minister nicht.

Auch die amerikanische Botschaft in Moskau habe ihre vor Ort eingestellten Mitarbeiter mehrmals auf die Reise durch das Land geschickt, um die Wähler in den Provinzen nach ihrer

Einstellung zum Gouverneur und zur Regierung in Moskau zu „befragen“.

„In solchen Fällen baten wir unsere amerikanischen Kollegen sehr höflich, das Arbeitsverhältnis mit diesen Mitarbeitern zu beenden“, so Lawrow. Ich denke, dass sie (die USA – Anm. d. Red.) selbst so etwas nicht als eine Einmischung betrachten, denn sie glauben, alles zu dürfen. Das liegt ihnen im Blut.“

mptdnr.ru/av-zakharchenko.su: Am 11. August das das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko an der Präsentation der ersten republikanischen Busse der Marke „Donbass“ im staatlichen Unternehmen „Donezkgormasch“ teilgenommen.

Das Oberhaupt der DVR wurde vom stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der DVR, dem Minister für Einnahme und Abgaben Alexandr Timofejew, dem Minister für Industrie und Handel Alexej Granowskij und dem Direktor des Unternehmens Alexandr Orlow begleitet.

Schon vor 2015 wurde in der größten Werkhalle von „Donezkgormasch“ Militärtechnik repariert, heute befindet sich dort die erste republikanische Produktion von Transportmitteln. Das Republikoberhaupt besuchte die Produktionshallen der Fabrik, machte sich mit den technologischen Charakteristika des Busses und den Etappen seiner Montage bekannt.

Danach unternahm er persönlich eine Testfahrt mit dem neuen Fahrzeug.

„Das Fahrzeug lässt sich gut lenken, die Bremsen sind gut. Bisher erhalten wir Komponenten aus der RF. Aber dies sind die ersten Busse, die von Grund auf montiert wurden. Die Montage des Fahrzeugs erfolgte in drei Etappen: erste Etappe – das ist die grundlegende Montage, in der zweiten Etappe können wir einige Teile selbst produzieren und die dritte Etappe ist die Montage des Busses selbst. Die ersten Busse werden nach Gorlowka geschickt – bis Ende des Jahres planen wir, etwa 100 Stück zu montieren. Die nächste Partie von Bussen wird für das Ministerium für Bildung und Wissenschaft montiert werden,“, berichtete Alexandr Sachartschenko.

Wie die Spezialisten berichten, ist die Produktion erheblich günstiger als der Kauf bereits fertiger Transportmittel.

Der Buspark für Passagiertransporte der DVR wurde seit Beginn der Kämpfe nicht erneuert. Im Zusammenhang damit beträgt der Bedarf der Republik an Bussen für städtische und zwischenstädtische Verbindungen für 2017 etwa 400 Stück. Zur Absicherung dieses Bedarfs sowie zur Auslastung der Industrieunternehmen hat die Führung der Republik entschieden, eine grundlegende Montage von Bussen zu organisieren. Alle diese Busse werden Passagiere der staatlichen Transportunternehmen befördern. Erst nach der Deckung dieses Bedarfs werden die „Donbassy“ auch privaten Transportunternehmen angeboten.

„Heute haben wir die ersten Fahrzeuge vorgestellt, die auf dem Territorium der DVR erzeugt wurden. Dieses Projekt ist sehr wichtig nicht nur für das staatliche Unternehmen

„Donezkgormasch“, sondern auch für den Maschinenbaubereich der Republik im Ganzen.

Außer der Organisation der Produktion von Bussen müssen diese Transportmittel auch mit technischer Unterstützung, Wartung und Ersatzteilen versorgt werden. Für eine qualitativ hochwertige garantierte Wartung des erneuerten Busparks ist geplant, in nächster Zeit Servicezentren zu schaffen, was die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze bedeutet“, sagte der Minister für Industrie und Handel Alexej Granowskij.

Im Weiteren ist außer der grundlegenden Montage die Vergrößerung der lokalen Produktion von Komponenten und Ersatzteilen für die Busse in verschiedenen republikanischen Unternehmen geplant.



http://av-zakharchenko.su/images/2017/avtobus_32_.jpg

abends:

Lug-info.com: Die kommunalen Dienste haben 68% der Häuser, 65% der Heizwerke, 83% der Wärmeleitung und 45% der sozialen Objekte der Republik für die Heizperiode vorbereitet. Dies berichtet heute der Minister für Bauwesen und Kommunalwirtschaft der LVR Maxim Protasow....

de.sputniknews.com: Ukraine: Militärdrill im Kindercamp

Das ukrainische Nationalisten-Bataillon „Asow“ hat bei Kiew ein Lager eingerichtet, in dem Kinder und Teenager militärisch ausgebildet werden.

Die Schüler schwören einen Eid, bei dem sie sich während der Aufstellung mit der Faust gegen die Brust schlagen. Wegen des andauernden Konflikts im Osten des Landes wollen viele ukrainische Eltern, dass ihre Kinder eine Militärausbildung dem Sport vorziehen, um die Heimat in Zukunft schützen zu können.

Unter den Ausbildern gibt es militante Rechtsradikale, die in der Ostukraine gekämpft haben. Die Kinder werden dort nicht nur militärisch gedrillt, sondern auch ideologisch geschult. Sie sollen zum Stolz auf ihr Land und zum Hass gegen Russland erzogen werden.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31696/72/316967242.jpg>

armiyadnr.su: Eilmeldung des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR
Eduard Basurin

Heute während der Durchführung einer Online-Pressekonferenz des stellvertretenden Leiters der OSZE-Mission in der Ukraine A. Hug in Awdejewka, die das ukrainische Krisenmedienzentrum übertrug, haben Einheiten der 72. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte das Feuer in Richtung unserer Positionen in den Gebieten bei Jasinowataja eröffnet, um die Streitkräfte der DVR der Verletzung des Regimes der Feueinstellung zu beschuldigen.

Ich erkläre offiziell, dass in diesem Gebiet in diesem Zeitraum alle Einheiten der Streitkräfte der DVR das Regime der Feueinstellung streng eingehalten haben. Das bestätigen auch die Vertreter des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination.

Dieser Vorfall ist eine weitere Inszenierung, die vom Kommando der „ATO“ auf Anweisung der ukrainischen militärisch-politischen Führung organisiert wurde, die alle Anstrengungen in eine Wiederaufnahme des bewaffneten Konflikts im Donbass legt.

de.sputniknews.com: Lawrow warnt USA vor Eingreifen in russische Präsidentenwahl

Nach Spekulationen über eine russische Einflussnahme auf die US-Präsidentenwahl hofft der russische Außenminister Sergej Lawrow darauf, dass sich die Vereinigten Staaten selbst aus den Präsidentschaftswahlen im nächsten Jahr in Russland heraushalten werden.

Auf einem Jugendforum in Wladimir verwies Lawrow am Freitag darauf, dass die US-Vorwürfe einer Wahleinmischung gegen Russland, die bereits im vergangenen Jahr erhoben wurden, bisher mit keinerlei Belegen untermauert worden seien. „Kein einziger Fall wurde in den vergangenen neun bzw. zehn Monaten nachgewiesen.“

Auf die Frage, ob Russland nun ein Eingreifen seitens der USA in seine Präsidentenwahl 2018 zu befürchten habe, äußerte Lawrow die Hoffnung, dass die USA von einer Einmischung absehen würden. „Ich hoffe, dass das US-Establishment wegen der Brisanz dieses Themas

sich das zweimal überlegen wird.“